# Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0.35 R.-M., für auswärts 0.40 R.-M. Die Reklamezeile im Anschluß an redaktionellen Text, 79 mm breit, kostet 3 R.-M., für auswärts 2.50 R.-M., abzüglich 5%. – Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.30 R.-M. – Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2,00 R.-M. Postbezug für den Monat 2,00 R.-M. einschließlich 0.48 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1.00 R.-M. Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Postanschrift: Dresden-A. 1. Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981–27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Redaktion: Viktoriastraße 4a; Fernruf: Kurfürst 9361–9366
Postscheck: Dresden 2060 – Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 260 / 41. Jahrgang — Mit der Beilage „Natur und Gesundheit" — Dienstag, 7. November 1933


# Gewaltigste Friedenskundgebung der Geschichte

## Am Freitag spricht der Führer zu 60 Millionen deutschen Volksgenossen

## Landesverrat in Danzig

### Aktion der Sozialdemokraten und des Zentrums

wtb. **Danzig**, 6. November

In Danzig haben sich Vertreter der Sozialdemokratie und der Restgruppe des Zentrums in landesverräterischer Weise zur Einleitung eines Vorstoßes der Völkerbundsinstanzen gegen die Freie Stadt Danzig hergegeben. Der Danziger Senat hatte sich veranlaßt gesehen, die Organe der beiden Parteien

wegen ihres den Staat schädigenden Verhaltens zu verbieten. Die beiden Zeitungen haben daraufhin, anstatt sich auf die Verwaltungsbeschwerde zu beschränken, gleichzeitig das Eingreifen des Völkerbundskommissars veranlaßt, der im weiteren Verlauf der Entwicklung

**eine gegen Danzig gerichtete Aktion aus Genf**

unternommen hat. Die genannten Parteigruppen haben damit die primitivsten Pflichten verletzt, die bei der besonderen Lage Danzigs den Danziger Bürgern obliegen, indem sie sich zu Werkzeugen einer die Selbständigkeit Danzigs gefährdeten Aktion des Auslands gemacht haben.

Der Senat ist entschlossen, die Bestimmungen der Verfassung im Interesse des Staates genau zu beachten. Er ist aber auch ebenso entschlossen, sich gegen alle Versuche, seine Arbeit zu sabotieren, sei es, daß sie von innen oder außen kommen, mit allen ihm durch die Verfassung und die Verträge, auf denen die Existenz der Freien Stadt Danzig beruht, gewährten Mitteln zur Wehr zu setzen.

Wie der Völkerbundskommissar dem Senat mitteilte, hat er die Petitionen und auch die Stellungnahme des Senats zu den einzelnen Angelegenheiten dem Generalsekretär des Völkerbundes zugeschickt mit der Bitte, die Angelegenheit dem Völkerbundsrat, dem Garanten der Danziger Verfassung, zu unterbreiten. Von einer Einberufung des Völkerbundsrats, von der die polnische Presse zu berichten weiß, ist in Danzig noch nichts bekannt.

Der Verlagsdirektor der sozialdemokratischen „Danziger Volksstimme", Fooken, ist auf Grund des vom Danziger Polizeipräsidenten erlassenen Schutzhaftbefehls

**gestern abend in Schutzhaft genommen worden.**

Die beiden verantwortlichen Leiter des Zentrumsorgans, der „Danziger Landeszeitung", Killian und Teibel, konnten bisher nicht aufgefunden werden. Es besteht der Verdacht, daß sieber die polnische Grenze geflüchtet sind.

### Abbruch der Beziehungen zwischen Senat und Zentrum

✕ **Danzig**, 6. November. (Durch Funkspruch)

**Der Senat der Freien Stadt Danzig hat beschlossen, seine Beziehungen zu den Vorstandsmitgliedern der Zentrumspartei abzubrechen wegen verschiedener schwerer Verstöße des Zentrums gegen die Ruhe und Sicherheit des Staates, insbesondere wegen böswilliger Anschuldigungen über angebliche Verfassungsverletzung des Senates durch die Personalpolitik.**

## Japanisch-chinesische Einigung?

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

**Peking**, 6. November. (Durch United Preß)

**Mit einem japanischen Militärgeschwader traf General Okamura, der stellvertretende Kommandeur der japanischen Truppen in der Südmandschurei, in Begleitung eines großen Gefolges in Peking ein, wo er mit den chinesischen Generälen Ho Ying-tsching und Hu Angsin über die Regelung von sämtlichen zwischen Japan und China schwebenden Streitfragen verhandeln will. Die Vorbesprechungen sollen bereits soweit gediehen sein, daß an einer endgültigen Einigung kaum mehr zu zweifeln sei (?). In politischen Kreisen verlautet, daß Japan dem chinesischen Ehrgefühl ziemlich weitgehende Zugeständnisse gemacht hat, um eine Aussöhnung zustande zu bringen, an der den Japanern sehr viel liegen muß, um bei den bevorstehenden Auseinandersetzungen mit Sowjetrußland vor einem Angriff im Rücken gesichert zu sein.** (Vgl. dazu unsre ausführliche Besprechung der ostasiatischen Situation in der gestrigen Betrachtung „Von Sonntag zu Sonntag". D. Red.) **Es ist bezeichnend, daß bei diesen Verhandlungen die Berufsdiplomaten völlig ausgeschaltet waren und daß hier Offiziere als Unterhändler aufgetreten sind, wodurch der militärpolitische Zweck des Kompromisses deutlich unterstrichen wird.**

## Spaltung der französischen Sozialisten

Telegramm unsres Korrespondenten

H. **Paris**, 6. November

Die Spaltung in der französischen sozialistischen Partei ist zur vollzogenen Tatsache geworden. Der Nationalrat hat erwartungsgemäß mit 8016 gegen 843 Stimmen sieben führende Mitglieder vom „neusozialistischen" rechten Flügel aus der Partei ausgeschlossen. Unter den Ausgeschlossenen befinden sich Renaudel und Marquet. Die Rebellen haben gestern um Mitternacht die Gründung einer neuen Partei, die vorläufig den Namen „Gruppe Jean Jaurès" angenommen hat, angekündigt. 28 Abgeordnete der sozialistischen Parlamentsfraktion haben sich dieser neuen Gruppe bereits angeschlossen. Ferner hat die Partei sechs Mann vom linken Flügel wegen bolschewistischer Tendenzen ausgeschlossen.

Die verschiedentlich in Deutschland verbreitete Ansicht, daß „Neusozialisten" etwa nationalsozialistischen Geist vertreten könnten, ist völlig irrig. Renaudel und seine Anhänger sind zum großen Teil alte sozialdemokratische Kempen und haben mehr als einmal erklärt, „gute Marxisten sein und bleiben zu wollen". Sie haben übrigens auch schon angekündigt, daß sie gegen ihre Verurteilung an den Vorstand der Zweiten Internationale appellieren wollen. Ihre Haltung dürfte in manchen Punkten mit der Position der ehemaligen sächsischen Altsozialisten übereinstimmen.

## Der Konflikt auf Malta

### Scharfe römische Angriffe auf England

Telegramm unsres Korrespondenten

✉ **Rom**, 6. November

In ungewöhnlich scharfer Form nimmt die italienische Presse zu dem Konflikt des britischen Gouverneurs der Insel Malta mit der dortigen Regierung Stellung. Während bei dem Konflikt im vorigen Jahr die italienische Presse zwar mit großem Bedauern, aber doch in sehr gemäßigter Form ihre Bedenken gegen die britische Politik auf Malta vortrug, und Mussolini selbst in der Kammer eine Interpellation unter Hinweis auf die guten englisch-italienischen Beziehungen beruhigend beantwortete, greifen die italienischen Blätter heute in scharfer Form die Haltung Londons an. Ein Beweis für die Wendung in der internationalen Lage auf die Festigung der Stellung Italiens. Der „Popolo di Roma" schreibt, die Engländer suchten Malta zu anglisieren, weil sie so die wichtige Basis ihrer Mittelmeerflotte fester in die Hand bekommen. Aber die Bevölkerung Maltas sei stets in Sprache, Rasse und kultureller Zugehörigkeit italienisch gewesen und werde niemals englisch werden.

„Popolo di Roma" wirft England die Verletzung des Minderheitenschutzes vor. Noch schärfer äußert sich das Gewerkschaftsblatt „Lavoro Fascista". Es erklärt, wenn ein Vertreter Englands noch vor kurzem in Genf Deutschland seine angebliche „Germanisierungspolitik" gegen seine polnischen Untertanen vorgeworfen habe, so müsse man gegen England jetzt den gleichen Vorwurf erheben. „Wenn man so handelt wie England", schreibt das Blatt wörtlich, „so versichern wir kategorisch, daß man das Deutschland Hitlers nicht wegen der Verletzung des Prinzips des Minderheitenschutzes angreifen darf." Auch „Lavoro Fascista" weist darauf hin, daß lediglich ein militärisches Interesse die britische Regierung zu einem solchen Vorgehen gegen Malta veranlaßt und schreibt wörtlich: „Die englische Regierung hat sich neulich sehr scharf gegen ein Land gewendet, das kein andres Recht verlangt, als gleich unter Gleichen behandelt zu werden. (Gemeint ist sicherlich Deutschland.) Aber die englische Regierung will mit kalter Politik durch Gewaltanwendung auf Malta alles auslöschen, was die entfernteste Möglichkeit dazu bietet, daß diese wichtige Flottenbasis nicht ein ganz englisches Land sei."

## Das ganze deutsche Volk am Rundfunk

### Arbeitspause Freitag 13 – 14 Uhr — 1 Minute Schweigen unter Stillstand jedes Verkehrs

Bericht unsrer Berliner Redaktion

P. **Berlin**, 6. November.

**Am kommenden Freitag wird in Berlin und in ganz Deutschland die größte Wahlkundgebung stattfinden, die das Reich bisher gesehen hat. Adolf Hitler wird an diesem Tage in ein großes Berliner Industriewerk gehen, mitten unter die Arbeiterschaft, um dort zu den Arbeitern zu sprechen. An dieser Stunde wird ganz Deutschland teilnehmen: jeder Betrieb, jede Familie, jeder einzelne.**

**Während der Führer spricht soll im ganzen Reich die Arbeit ruhen. Von dem Berliner Werk, in dem der Führer spricht, wird ein Sirenensignal gegeben, und dadurch der Beginn der Feier angezeigt. Das wird um 13 Uhr sein. Alle Sirenen der Fabriken, der Schiffe, alle Alarminstrumente in Deutschland werden auf das Berliner Zeichen ebenfalls ertönen. In ganz Deutschland werden die Rundfunkgeräte in Betrieb genommen: in den Fabriken, in den Kontoren und Amtsstuben, in den Kaufhäusern und Werkstätten und in den Familien. Die Belegschaften werden sich gemeinsam mit den Arbeitgebern, Hausherr und Hausfrau gemeinsam mit den Familien und Hausangehörigen um den Rundfunk versammeln. Vor der Rede des Führers wird Dr. Goebbels einen Bericht von der schaffenden Arbeit geben. Dann spricht der Führer selbst.**

**Unmittelbar nach dem ersten Signal zu Beginn der Betriebsruhe wird in den Straßen der Fahrzeugverkehr auf eine Minute eingestellt. Auch die Fußgänger bleiben stehen. Diese eine Minute Ruhe wird ein Symbol dafür sein, daß ganz Deutschland in dieser Stunde hinter seinem Führer steht, der für einen Frieden der Ehre kämpft.**

**In den Schulaulen wird sich die Jugend versammeln, um dort die Uebertragung der Rundfunksendung anzuhören. Es ist Wunsch und Wille der Reichsregierung, daß in dieser Stunde kein Rundfunkgerät in Deutschland schweigt, daß allen Volksgenossen Gelegenheit gegeben wird, dieser einzigartigen Kundgebung beizuwohnen.**

**Während am ersten Mai, dem „Fest der deutschen Arbeit", die Arbeitgeberschaft die Lasten der Arbeitsruhe zu tragen hatte, wird diesmal die Arbeitnehmerschaft die Lasten der einstündigen Arbeitseinstellung auf ihre Schulter nehmen. Sie wird diese Stunde durch Nacharbeit ausgleichen, als Zeichen dafür, daß auch die Arbeiterschaft bereit ist, in diesem Kampf um die Ehre der Nation und um den Frieden der Welt Opfer zu bringen. Weitere Einzelheiten werden noch bekanntgegeben. Ihr tiefster Sinn liegt darin, daß der Führer in dieser Stunde nicht die Arbeiter zu sich rufen, sondern mitten unter die Arbeiterschaft gehen wird, und daß das ganze deutsche Volk an dieser Stunde teilnimmt.**

## Das deutsche Volk will Frieden

### Zwei neue große Reden des Reichskanzlers Adolf Hitler

### In der Jahrhunderthalle

wtb. **Berlin**, 6. November

Reichskanzler Adolf Hitler hat am Sonnabend und Sonntag seine Wahlkampfreise durch Deutschland fortgesetzt. Am Sonnabend sprach der Führer in der Jahrhunderthalle in Breslau. Wie überall, wurden dem Kanzler auch in der schlesischen Hauptstadt stürmische Huldigungen dargebracht. Ganz Schlesien hörte ihm zu, und das Bekenntnis der Tausenden, die in der Jahrhunderthalle ihm zujubelten, war das Bekenntnis des ganzen Landes.

In seiner Rede brandmarkte der Kanzler einleitend den Geist des Versailler Vertrages. Man versprach den Frieden der Welt und die Wohlfahrt der Völker, und Deutschland sollte als erstes Land seine Waffen auf den Altar der kommenden Gemeinschaft legen, damit die andern Völker folgen könnten. Deutschland habe den Vertrag erfüllt und seine Waffen zerstört; aber die andern dachten nicht daran, zu folgen. Unter tosendem Beifall rief der Führer aus:

**Verträge dürfen nicht nur für einen Vertragspartner heilig, sondern müssen es für beide sein! Man findet tausend Gründe, um der Abrüstung zu entgehen und nur eine Einigkeit ist unter ihnen festzustellen, nämlich die Einigkeit, die Schuld an der Uneinigkeit Deutschland zuzuschieben.**

Der Führer widerlegte in zwingender Weise die Behauptung, die Welt habe deshalb nicht abrüsten können, weil die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland regiere. Sie regiere ja gerade deshalb, weil die andern sich ihren Verpflichtungen bisher entzogen hätten. „Und was hat die nationalsozialistische Regierung denn in den neun Monaten ihrer Herrschaft der Welt angetan? Haben wir auch fremde Völker und Staatsmänner beschimpft, uns in ihre Einrichtungen eingemischt, haben wir etwa auch fremde Völker verleumdet und die Justizkomödie des Braunbuches aufgeführt, um das Rechtswesen eines andern Staates herabzusetzen?" In diesen neun Monaten hätten wir gearbeitet und uns bemüht, ein Programm zu verwirklichen, das so groß und gewaltig ist, daß es unsre ganze Kraft im Innern in Anspruch nehme, und das zu erfüllen notwendig sei, wenn nicht Deutschland und letzten Endes ganz Europa an dem „Segen" dieses sogenannten Friedensvertrags zugrunde gehen sollte.

**„Haben wir uns etwa mit dieser unsrer Arbeit versündigt am Geiste wirklicher Völkergemeinschaft und Völkerverständigung? Wir sind jederzeit bereit von andern Völkern zu lernen, es würde vielleicht aber auch für andre Staatsmänner Großes in Deutschland zu lernen geben."**

(Bravo-Rufe.) Der Kanzler sprach seine Ueberzeugung aus, daß die Staatsmänner heute die Aufgabe haben, sowohl in den Fehlern als auch in dem Guten, was sie in der Welt finden, zu lernen, daß sie vor allem die Aufgabe haben, zwischen den Völkern nicht Mißtrauen und Haß zu säen, sondern die Völker auf die gemeinsamen großen Arbeiten, die gelöst werden müssen, aufmerksam hinzulenken. Es sei traurig, daß eine ganz kleine internationale Clique von wenigen hunderttausend Menschen es fertigbringe, Hundertmillionenvölker gegeneinanderzuhetzen. (Pfui-Rufe.) In sarkastischer Weise befaßte sich der Führer sodann mit der Emigrantenfrage und erklärte dabei u. a.:

„Wir werden uns nie unterstehen, etwa das bulgarische Volk nach den Herren Dimitroff, Popoff oder Taneff zu beurteilen. Wir kennen das bulgarische Volk viel besser; ein anständiges und braves und ehrliches Volk."

Der Führer zeigte sodann

**die schreienden Widersprüche in den Beschuldigungen unsrer Gegner**